

## AfW gegen EU-Pläne für ein Provisionsverbot



**Es gibt intensive Überlegungen in der EU-Kommission, im Parlament und auch u.a. bei europäischen Aufsichtsbehörden wie der ESMA, im Rahmen der sogenannten Retail-Investment-Strategie ein Provisionsverbot – in welcher Ausgestaltung und für wen auch immer – einzuführen. In der deutschen Politik gibt es eine starke Unterstützung für ein Beibehalten der Provisionsberatung von der Regierungspartei FDP und auch von CDU und CSU. Ebenfalls in der SPD gibt es hierzu eine klar positive Haltung.**

Es geht in Brüssel aktuell um ein Provisionsverbot bei Kapitalanlageprodukten, was nicht ausschließt, dass letztlich auch Versicherungsanlageprodukte davon umfasst sein könnten. Dann ist auch der Schritt hin zu einem Provisionsverbot bei allen Versicherungsprodukten nicht weit. Die überzeugenden Argumente für ein Beibehalten auch des Provisionssystems liegen auf der Hand.

„Binnen kürzester Zeit würden gerade die auf eine Beratung angewiesenen Kleinanleger keine persönliche Beratung mehr erhalten, wie unter anderem das Beispiel Großbritannien drastisch zeigt. Die vorhandene, aber keine breite Akzeptanz findende Honorarberatung wird das nicht auffangen können. Selbsternannte Experten ohne Qualifikation im Internet oder den Verbraucherzentralen würden noch mehr Zulauf erhalten. Qualifizierte Beratung zu nachhaltigen Finanz- und Versicherungsprodukten aus der ganzen Breite des Marktes, die die Wünsche und insbesondere Bedürfnisse der Kunden abbilden, gibt es nicht zum Nulltarif.“ so Norman Wirth, Geschäftsführender Vorstand des AfW. „Auch der soziale Auftrag an die Finanz- und Versicherungsbranche – Risikoabsicherung, Altersvorsorge – würde nicht mehr erfüllt werden können. Das ein Provisionsverbot zu erheblichen Verwerfungen am Markt, dem Verlust einer Vielzahl von Arbeitsplätzen und der Vernichtung von Existenzen von vielen Gewerbetreibenden und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen würde, ist absehbar.“

Der AfW wird – mit guten Partnern in Deutschland und auf der europäischen Ebene, u.a. auch über den Europäischen Dachverband der Finanzberater und Finanzintermediäre [FECIF](#) – die

Argumente verstärkt nach Brüssel tragen und alles dafür tun, dass die Pläne von [EU-Kommissarin McGuinness](#) nicht realisiert werden.

### **Pressekontakt:**

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0

Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29

E-Mail: [office@afw-verband.de](mailto:office@afw-verband.de)

### **Unternehmen**

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Kurfürstendamm 37

10719 Berlin

Internet: [www.bundesverband-finanzdienstleistung.de](http://www.bundesverband-finanzdienstleistung.de)

### **Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V**

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.